

9. Ideologie der Verfügbarkeit

Der Vorwurf, ideologisch zu sein und ideologisch zu denken, kommt heute einer Diskreditierung gleich, der es nur wenig entgegenzusetzen gibt. Einmal als solche dargestellt, ist es bereits der Status der Ideologie, der das Konzept delegitimiert. Ideologie ist eine vom Menschen imaginierte Ordnung der Welt, die als Anleitung für Leben, Moral und Politik dienen muss. Als scheinbar gerechtfertigte Weltanschauung dient sie zur Vertuschung der Widersprüche und erhält dadurch ihre Überzeugungskraft (vgl. Kirchner et al. 2005: 305f.).

Dabei ist gerade für die in dieser Arbeit behandelte Philosophie eine solche Zuschreibung nicht mehr vorzunehmen; zum einen, weil mit der Abwertung von Wahrheit und der Rückführung von Wissen auf menschliche Deutungsleitung Menschen immer in Ideologien leben.¹ Zum anderen, weil Ideologie nur noch anhand der Form der Überzeugung, aber nicht mehr anhand des Inhaltes zu erkennen ist. Ziel muss es sein, ein Bewusstsein und einen reflexiven Umgang für das Leben in Ideologie zu schaffen und damit ihrem fundamentalen Charakter Einhalt zu gebieten. Die *Politik der Ungewissheit* setzt an dieser Stelle an.

Wenn nun eine Kritik dieser Politik im Mittelpunkt steht, so nicht, weil eine solche nicht möglich ist, sondern weil auch sie nicht davon ausgeschlossen ist, den Gehalt einer Ideologie anzunehmen, im Sinne von der Überzeugung, selbst außerhalb von Ideologie zu stehen. Auch sie kann als vermeintlich »richtiges« Weltverständnis die Grundlage für das Verhalten oder die Politik in dieser Welt liefern. Mit *Ideologie der Verfügbarkeit* wird beschrieben, wie das Wissen um die Unmöglichkeit einer ideologiefreien Welt selbst zur Ideologie werden kann. Das schließt sowohl in Ausrichtung als auch Wirkung das »sittliche Moment« dieses Paradigmas nichts aus, teilt ihm nur selbst wieder

1 Althusser spricht in Anlehnung an Marx (Deutsche Ideologie) deshalb von Ideologie ohne Geschichte. Gemeint ist damit zum einen die Loslösung von der Wirklichkeit und den tatsächlichen historischen Verhältnissen, zum anderen und zentraler ihre allgemeine Funktionsweise. Althusser beschreibt diese als die Konstitution von Subjekten und damit überhaupt erst als Möglichkeit, Unterwerfung als einen freiwilligen Akt zu imaginieren. (vgl. Althusser 2016: 71ff.) Meine Darstellung ist an diese Logik angelehnt, indem nicht nur das Subjekt, sondern explizit das »Politische« als Ort der Imagination von Freiheit und Verfügbarkeit dargestellt wird.

einen ambivalenten Status zu. Die Ideologie verdeckt die Widersprüche, indem sie als Widersprüche normalisiert oder in Praxis aufgelöst werden.

Das Fazit erfolgt in drei Schritten. Unter dem Titel des *Neuen Realismus* (9.1) wird die Konsequenz einer Wahrheit fehlender Wahrheit aufgegriffen. Mit dem Rückblick auf die fundamentale Kritik der Autoren wird der Zusammenhang zwischen Erkenntniskritik, daraus folgender Ontologie und sozialphilosophischen Konsequenzen rekonstruiert. Unter *Politik – Therapie – Ethik* (9.2) wird anhand der drei Disziplinen nach deren Status in Bezug zu eben jenem Zusammenhang gefragt und es wird die inhaltliche Struktur der sozialen Konsequenzen noch einmal dargestellt. Den Abschluss bildet die Rekonstruktion der Kritik, nicht um zu zeigen, wie Kontingenzeinsicht scheitert, sondern, wie Kontingenzeinsicht selbst Bestandteil depolitisierender Formen in Abgrenzung zum »sittlichen Motiv« des Paradigmas sein kann (9.3).

9.1 Der Neue Realismus

Bei aller Überwindungskultur und der Rede von einem »nachmetaphysischen Zeitalter« (Habermas 2001b) sind die Grundfragen der Philosophie, die Fragen nach dem Ursprung, Sinn und Bedeutung präsenter denn je. Geändert hat sich nur der Zugang, aber nicht die Fragestellung. Vom Streit über die Richtigkeit der letzten Gründe ist man zum Streit über die Existenz solcher Gründe gekommen. Das ist auch nicht verwunderlich, sind solche Annahmen immer Grundbausteine einer gesamten Theorie oder auch eines Weltbildes, egal ob es sich um naturwissenschaftliche oder gesellschaftswissenschaftliche Theorien handelt. Wird angenommen, dass die Welt so und so beschaffen ist, wird wahrscheinlich auch angenommen, dass sie nur so und so gestaltet werden kann. Dabei ließ sich für das 20. Jahrhundert gerade in den Geistes- und Sozialwissenschaften ein Optimismus beobachten, der für das hier vorgestellte Paradigma kennzeichnend ist: Je weicher die Notwendigkeiten sind, desto größer ist der Gestaltungsspielraum des Menschen. Die berechtigte Skepsis gegenüber den eigenen Erkenntnisfähigkeiten und der Möglichkeit eines objektiven Blicks auf die Welt machte den klassischen Realismus zu einer naiven Position. Übrig blieb die Unabdingbarkeit des Streits und damit politischer Auseinandersetzung, welche gleichzeitig als berechtigte Chance auf Mitgestaltung begriffen wird.

Dagegen regte sich auch Widerstand. Unter den Begriffen des »Neuen Realismus« oder des »spekulativen Realismus« (vgl. Meillassoux/Frommel 2018) wird zwar dem Einspruch einer nur vermittelten und verschwommenen Erkenntnis stattgegeben, aber eben jene Erkenntnis als gegeben interpretiert. Vorhanden sind menschliche Wirklichkeiten und die müssen als solche angenommen werden. So formuliert Gabriel in einem von ihm herausgegebenen Band mit dem Titel *Neuer Realismus*: »Folglich wird es an irgendeiner Stelle immer eine kognitive, epistemische, phänomenale oder praktische Wirklichkeit geben, die trotz aller skeptischen Attacken und jedes noch so gut begründeten Verdachtes unangetastet bleibt.« (Gabriel 2015: 9) Die gefühlte Notwendigkeit einer solchen Position ist vor allem eine Reaktion auf »postmoderne« Thesen und einen radikalen Konstruktivismus, der jegliche Form einer menschenunabhängigen Wirklichkeit aberkennt. Kritisiert werden die Verdrängung des Realismus aus der Philosophie

und die damit verbundenen relativistischen Folgen. Die Lösung ist kein naives Zurück zum Realismus, sondern das Anerkennen einer Notwendigkeit von Gründen und Kriterien für diese Gründe, die wir als wirklich annehmen können bzw. die wir immer schon als wirklich annehmen. Dieser Realismus meint dann eine gesteigerte Ernsthaftigkeit gegenüber den Dingen wieder herstellen zu können, indem die Wertzuschreibung des Wirklichen nicht einfach durch die des Konstruierten ersetzt wird.

Dass diese Debatte an dieser Stelle angeführt wird, hat seine Gründe. Gezeigt werden soll, dass die bei Rorty, Bauman und Marchart dargestellte Kritik an Wahrheit, der Moderne oder dem Fundamentalismus diesbezügliche Fragestellung nicht einfach beseitigt. Es findet sich eine erstaunliche Nähe zu den »Neuen Realismen«, die insbesondere die Kontingenzthese betrifft. *Kontingenz wird zum neuen letzten Grund, zur neuen Wahrheit.* Eine solche Wahrheit der Nicht-Wahrheit ist zwar zunächst paradox und widersprüchlich, jedoch nicht, wenn Wahrheit als ontologischer Status und als Wertzuschreibung begriffen wird. Verfolgte die Studie als erstes Ziel, den Nachweis zu erbringen, dass »Kontingenz« den letzten Grundstein des von mir als postmodern bezeichneten Paradigmas bildet, konnte die Argumentation wie folgt rekonstruiert werden:

1. Alle drei Autoren beginnen mit einer Beweisführung, die sich gegen »letzte Gründe« wendet. Mit sowohl wissenschaftstheoretischen Argumenten des »linguistic turn« und Einsichten im Feld der Erkenntnistheorie als auch mit sozialwissenschaftlichen Argumenten der Herrschaftskritik wird gegen die Idee der Letztbegründung Stellung bezogen. Im Sinne des Dekonstruktivismus zeigen alle drei Autoren die Unvermeidbarkeit antinomischer Motive und damit eine notwendige Pluralität an Wahrheiten. Dies wurde als *radikale Metaphysikkritik* bezeichnet. Wenn sich abseits dieses Modus nichts denken lässt, so gibt es auch keinen Ausweg aus der Negation oder, sozialphilosophisch ausgedrückt, der Entfremdung und Entzweiung. Eine solche »Permanenz der Negation« muss folglich aufgewertet werden. Die Autoren suchen nach der »guten Entfremdung«, sie vollziehen ein »Lob der Entzweiung«.
2. Wird dem Beweis stattgegeben, lassen sich bestimmte Folgen formulieren. Kontingenz ist nicht nur als (ontologische, epistemologische) Erkenntnis zu verstehen, sondern hat Rückwirkungen auf das Selbstverhältnis. Rorty spricht diesbezüglich von »Bewusstsein für Kontingenz«, Bauman vom »postmodernen Bewusstsein« und Marchart von »Ungewissheitsgewissheit« oder »postfundamentalistischem Bewusstsein«. Kontingenz ist dann *Kontingenz-Bewusstsein/Einsicht*.
3. Wird dieser Zusammenhang angenommen, ist nachgewiesen, wie Erkenntniskritik und Ontologiekritik, zumindest verstanden als Kritik an einem naiven Realismus, zu einer bestimmten Form der Sozialphilosophie führt, radikaler gesprochen: überhaupt erst das Soziale, im Begriffskorpus dieser Arbeit das »Politische«, möglich macht. Damit wurde gezeigt, dass im Sinne eines vereinfachten Postmarxismus der Überbau die Basis revolutioniert. Politik, basierend auf Kontingenzbewusstsein, wird gedacht als »eine Revolutionierung der Denkungsart«. Im Anschluss an Rorty wurde diese Absicht als *Therapie* bezeichnet.

Die Argumentation bestätigt somit die erste These und Zielstellung. Kontingenzeinsicht ist der Kern des *postmodernen Paradigmas*. Mit dem so formulierten Argument kann die

eingangs dargelegte Frage des Realismus angeschlossen werden. Wie der »Neue Realismus« hält auch das Paradigma postmoderner Sozialphilosophie an der Wahrheit der Nicht-Wahrheit fest oder in Marcharts Worten: an der unmöglichen Kontingenz der Kontingenz.² Trotz des Fehlens letzter Gründe und Wahrheit darf Kontingenz nicht außerhalb realistischer Positionen verstanden werden, sondern vertritt selbst eine solche, die sowohl *komplexer* als auch *reduzierter* auftreten kann. Die Aufklärungsarbeit der Kontingenzeinsicht hat in der Kontingenz, in der Unmöglichkeit von Wahrheit, die eigentliche Wahrheit entdeckt und über den Schein der alten Wahrheit aufgeklärt.

Die Folge ist, auf der *einen Seite*, ein noch gesteigertes, noch tieferes und nicht zu befriedigendes Interesse an Wahrheit, welches als Entfremdungserfahrung und konstante Infragestellung zu begreifen ist. Vattimo bezeichnet dies treffend als »schwaches Denken« (Vattimo 2010) eines schwachen Subjektes, welches keiner starken Formen von Wahrheit bedarf. Es ist ein Denken, welches mit der Auflösung bisheriger Prinzipien leben kann und daran nicht verzweifeln muss, sondern sie als Aufgabe begreift; ein Denken, »das auf allen Ebenen auf Eindeutigkeit und Vereinheitlichung verzichtet und sich ohne Vorbehalte dem Spiel der Vielfalt hingibt« (Zima 2016: 178) und letztlich in Befreiung mündet. Das Ergebnis ist die sprachliche Fassung jener Ambivalenz als Beschreibung des »Politischen«. Das Idealbild eines solchen, mit der Tugend der Kontingenz ausgestatten Menschen ist die Idee der demokratischen Bürger:in. Skepsis besteht gegenüber der Erfüllbarkeit jenes Ideals und damit verbundenen psychologischen Herausforderungen. *Das »schwache Denken« ist, anders als es sprachlich vermuten lässt, ein »schweres Denken«.*

Auf der *anderen Seite* kann das gesteigerte Interesse an Wahrheit auch einfacher und oberflächlicher aufgefasst werden. Kontingenz wird dann mit dem normativen Wert der Wahrheit aufgeladen und dadurch überbewertet, was in der Gleichsetzung von Kontingenz mit dem »Politischen« auch eine Überbewertung des Politischen bedeutet.³ Diesen Vorgang habe ich in Anschluss an Theunissen »Affirmation der Kontingenz« genannt. Hier wird in gewisser Weise ein naturalistischer Fehlschluss anderer Art begangen. Kontingenz und die auf sie fußenden Konzepte werden vom Sein zu

2 Im Gegensatz zur Flügel-Martinsen sehe ich diese Positionen nicht als Gegensatz. Flügel-Martinsen plädiert in *Befragungen des Politischen* dafür, den neuen Realismus als Rettung des Realismus und den Postfundamentalismus als Verteidiger der Ungewissheit zu lesen. Dort heißt es: »Unter dem Titel eines neuen Realismus scheint sich gegenwärtig eine Bewegung zu formieren, die bis in die Feuilletons vorgedrungen ist und innerhalb der sich ein tiefes Unbehagen gegen Ungewissheitsannahmen artikuliert. Im Fall des amerikanischen Philosophen Paul Boghossian richtet sich die Polemik explizit gegen die genannten Strömungen in den Geistes- und Sozialwissenschaften, wobei er behauptet, dass in ihnen ein »postmoderne[r] Relativismus« von Wissensansprüchen den Status einer Orthodoxie erlangt habe, gegen den er in seiner mit starken Vereinfachungen arbeitenden Studie wacker zu Felde zieht.« (Flügel-Martinsen 2017: 4f.).

3 Ein solcher Gedanke findet sich auch formuliert bei A. Hetzel. Er spricht von der Gefahr einer »Essentialisierung des Politischen« (Hetzel 2010: 237). In seinem Artikel heißt es: »Der Verweis auf Heidegger macht deutlich, dass die Beziehung der Politik zum Politischen in Begriffen eines Essentialitätsgefälles, wenn nicht sogar in Begriffen eines transzendentalen Bedingungsverhältnisses gelesen werden kann. Auf diesem Wege würde genau das transzendentalphilosophische Begründungsdenken wieder in den Diskurs der radikalen Demokratie eingeführt, dem er zu entkommen sucht.« (Ebd.)

einem Sollen umgewandelt. Dieses Denken ist erneut ein starkes Denken nur in Bezug auf Kontingenzt, welche Stärke nicht unbedingt ausschließt. Um die Metaphorik wiederaufzunehmen: *Das »starke Denken« zeigt sich als »leichtes Denken«* und ist dadurch besonders adaptiv.

9.2 Politik – Therapie – Ethik

Die in mehrfacher Hinsicht wahrzunehmende Rückkehr zum Politischen entspricht dem Selbstverständnis dieser Studie, wenn sie sich als Arbeit in dem Bereich der *politischen Philosophie* bzw. *Sozialphilosophie* versteht. Die Gründe für die Intuition gehen auf zwei Merkmale zurück. Zum einen machte der Kontingenztbegriff neben früheren Arbeiten in der Soziologie und Philosophie⁴ bei den mit politischer Philosophie assoziierten Autor:innen Karriere. Zum anderen und entscheidender ist mit dem Kontingenztbegriff oft nichts anderes gemeint als der Charakter des Politischen. Politische Philosophie, in den Worten von Celikates und Gosepath als »philosophische Reflexion der Bedingungen der Politik« (Celikates/Gosepath 2013: 13), ist an den Möglichkeitsbedingungen dieser einzigartigen, menschlichen Handlungsform interessiert.

Diese allgemeine Bestimmung nimmt Abstand von klassischen Betätigungsfeldern der politischen Theorie oder der Politikwissenschaft, die sich entweder auf die Erforschung von Institutionen und politischem Handeln oder aber auf die normative Begründung und Rechtfertigung politischer Ordnung beschränken. Hier geht es in gewisser Weise um mehr. Es geht um das Wesen des Politischen selbst. Der Rückgriff auf ontologische und erkenntniskritische Fragen ist für die Art der Forschung deshalb zentral. Die Relevanz politischer Auseinandersetzung lässt sich erst dann begründen, wenn etwas nicht von vorherein feststeht, wenn darum gestritten werden muss. In der Konsequenz wurde Kontingenzt nicht mehr als Bedrohung, wie in den klassischen Politikwissenschaften mit ihrem »Fokus auf Regelmäßigkeiten, Kausalzusammenhänge oder gar Gesetzmäßigkeiten« (Toens/Willems 2012: 12), sondern als Bedingung der Möglichkeit des Politischen verstanden. Die hier untersuchten Autoren sind daher in doppelter Hinsicht fundamental. Zum einen, weil sie nach der letzten, allgemeinen Bestimmung von Politik fragen, zum anderen, weil jene Bestimmung als Kontingenzt der menschlichen Welt begriffen wird. Fairerweise muss darauf verwiesen werden, dass sich jenes Fundament von anderen Fundamenten unterscheidet. Es ist nicht bestimmbar, sondern »praxeologisch«.

Damit ist auch eine normative Zielstellung verbunden. Wie bereits erwähnt, sollte die in den 1980er Jahren in Frankreich etablierte Differenz von Politik und dem Politischen der eigentlichen politischen Handlung eine Aufwertung geben. Abseits bloßer Verwaltungszwänge und Ordnungspolitik galt es an jene Grundsituation zu erinnern, die Verwaltung und Ordnung allererst ermöglicht, an die eigentliche politische Entscheidung. Das ist durchaus als historischer Prozess zu verstehen. In der westlichen Geschichte ist eine Erweiterung jener Bereiche zu erkennen, die als politisch zu gestaltende Bereiche gelten. So auch Toens und Willems in ihrem Sammelband zum Verhält-

4 Siehe die Auflistung in der Einleitung, Kapitel 2.

nis von Politik und Kontingenz: »Die Erfahrung, dass immer mehr gesellschaftliche Verhältnisse auf (politischer) Setzung beruhen, und das Bewusstsein, dass alles auch anders sein könnte, führt zu der radikalen Erweiterung derjenigen gesellschaftlichen Bereiche, die prinzipiell als politisch gestaltbar, wenn auch nicht determinierbar gelten.« (Toens/Willems 2012: 12f.) Im Sinne sozialkonstruktivistischer Ansätze ist die »Revolutionierung der Denkungsart« als Erzeugung von Kontingenzeinsicht zu verstehen. Der Fokus auf die kognitiv-normative Landkarte soll ein anderes Weltverständnis erzeugen, welches es ermöglicht, mit dem Fehlen absoluter Gründe zu leben. Im Anschluss wird angenommen, dass ein solch *therapeutisches Verständnis* von Philosophie zu einem veränderten Selbst- und Sozialverhältnis führt. Dieser Wandel lässt sich auch methodisch belegen. Die jeweiligen Umschreibungen der Autoren bestätigen einen Wechsel zwischen reiner Argumentation und dem Moment der Plausibilisierung. Die Struktur der Argumente war wie folgt:

1. Es lässt sich zeigen, dass die Autoren mit Kontingenzeinsicht maßgeblich zwei Veränderungen verbinden. Erstens wird davon ausgegangen, dass die Einsicht in die Kontingenz des Eigenen als Selbstentfremdung zu *Solidarisierung* beiträgt, weil ein Leben nur mit den anderen möglich ist. Zudem schafft die Gemeinsamkeit des Mangels Sensibilität und Verständnis für die Situation anderer. Zweitens lässt sich solche nur als gemeinschaftliche Praxis, als nicht abschließbarer Prozess denken. *Politisierung* als konstante Infragestellung ist die freiheitliche Folge von Kontingenzeinsicht. Weil es keine letzten Gründe gibt, kann über die Frage »Wie wollen wir leben?« nur als politische Frage immer wieder neu entschieden werden.
2. Die Ursachen für Solidarisierungs- und Politisierungseffekte von Kontingenzeinsicht sind mit den durch sie erzeugten Fähigkeiten verbunden. Unter der *Dimension praktischer Vernunft* gehen die Autoren davon aus, dass ein Fehlen letzter Gründe das praktische Urteil auf das »aus der Position des anderen Denken« beschränkt und ohne Rückgriff auf höhere Prinzipien Eigenverantwortung steigert. Das antike Konzept der *Phronêsis* war die konzeptionelle Grundlage dieser Kompetenz. Unter der *Dimension ästhetischer Bildung* wird ebenso auf Multiperspektivität verwiesen, als Folge des Fehlens letzter Gründe aber besonders auch auf eine Sensibilisierung für das Ausgeschlossene oder die Ausgeschlossenen. Im Mittelpunkt der *politischen Dimension* steht das Bewusstsein einer ständig zu leistenden öffentlichen Auseinandersetzung. Unter der Bedingung notwendiger Entzweiung gibt es immer einen Drang nach Verbesserung, der durch das erweiterte Möglichkeitsverständnis Zuspruch erhält. Entscheidend ist, dass die Aktivierung als Befreiungs- und Selbstbestimmungsprozess gedacht wird. Nur im Politischen ist es daher möglich, Gesellschaft mit Selbstbestimmung zu verbinden und Legitimität durch Praxis zu erzeugen. Die *affektive Dimension* verbindet mit dem notwendigen Bezug zudem eine gesteigerte Wahrnehmung und Empfindsamkeit für das Leid anderer.
3. Werden diese Dimensionen verbunden, so die abschließende These, ist *Kulturpolitik* die beste Bezeichnung für die diskutierte Sozialphilosophie. Es geht darum, durch »philosophische Interventionen die ›Lebensform des Menschen‹ zu beeinflussen« (Gröschner/Sandbothe/Rorty 2011: 9). Einsicht in Ungewissheit, das Gewahrwerden der Fehlbarkeit und Endlichkeit menschlicher Existenz wird zur positiven

Grundlage der postmodernen Sozialphilosophie, die gerade darin bestehen muss, diese Struktur sichtbar zu machen und Anerkennung für diese zu ermöglichen und zu fordern. Sie ist trotz ihres politischen Anspruches auf das Individuum konzentriert, weil das beschriebene Anerkennungsverhältnis nur Ergebnis eines individuellen Reflexionsprozesses sein kann.

Die dargelegte Therapie scheint abschließend eine Tendenz zur *Ethik*⁵ aufzuweisen. Die mit Kontingenzeinsicht verbundenen Kompetenzen der vier Dimensionen erinnern an klassische Fragen der Moralphilosophie, an die Fähigkeit moralischen Handelns. Gemeint ist dabei nicht die Befolgung eines bestimmten Moralkodex oder Sittengesetzes, sondern die Frage, wie man zu einem moralischen Urteil kommt und als moralische Person gelten kann. Kontingenzeinsicht ist dann die sprachliche Ausformulierung *sittlich-praktischer Reflexion*. Gerade Teil III stellte diese Bezüge zur Ethik immer wieder in den Mittelpunkt. Zudem ließ sich feststellen, dass die mit praktischer Vernunft, aber auch mit ästhetischer Bildung verbundenen Diskurse eher auf Fragen der Ethik denn auf Fragen der Politik rekurrieren. Bereits in der Einleitung habe ich darauf verwiesen, wie Negativität konstitutiv für Moralität zu denken ist. Rentsch spricht deshalb auch von einem »negativ ethischen Universalismus« (Rentsch 2000: 15) als dem Gegenteil einer mit Gründen abgesicherten Welt.

Diese nun dritte Zuordnung erzeugt ein Problem. Unklar ist, ob das Paradigma als »politische Philosophie«, als »therapeutisches Verständnis« oder als »Ethik« zu verstehen ist. Es ist nicht eindeutig, ob der Fokus sich auf die Praxis, das Umdenken oder die praktische Urteilsfähigkeit richtet und die Uneindeutigkeit erschwert die Präzisierung des in der Arbeit beschriebenen Modells. Beschrieben wird eine Kompetenz, die sich schwer inhaltlich fassen lässt, weil sie, egal ob als Ethik, Therapie oder Politik begriffen, nur als Praxis zu denken ist. Das lässt sich leicht anhand der Struktur der jeweiligen Begrifflichkeiten zeigen. Solidarität ist die unendliche Wiederholung von Selbstentfremdung und Solidarisierung. Politisierung ist die ständige Wiederholung von Emanzipation und Etablierung. Demokratie ist das Projekt konstanter Infragestellung. Mit Derrida kann angeführt werden, dass all diese Konzepte immer »im Kommen« sind, genauso wie die in diesen realisierte Gerechtigkeit. Die Begriffe sind kernlos, aber auch in ihrer Systematik austauschbar. Durch die Austauschbarkeit erhält das Politische moralische Qualität und lässt sich nicht mehr von dieser trennen. In Kombination mit dem zuvor erwähnten naturalistischen Fehlschluss wird aus der mit Kontingenz identifizierten Praxis ein Sollen gemacht. *Weil im Sinn von Kontingenzbewusstsein Politisch-zu-Sein die letzte Eigenschaft darstellt, fallen alle anderen Wertmaßstäbe damit zusammen.*

Erneut zeigt sich die Möglichkeit einer Überbewertung von Kontingenzeinsicht. Sie wird »nur einseitig, im Sinne von Offenheit und Möglichkeit, wahrgenommen. Ihre Kehrseite in Form der Nichtvorhersehbarkeit und begrenzten Planbarkeit von Entwicklungen wird dagegen verdrängt« (Toens/Willems 2012: 16). Dabei war es diese Seite, die

5 Unter Ethik und Moralphilosophie wird die Analyse verschiedener Moralvorstellungen und der Bedingungen von deren Möglichkeiten verstanden. Moral dagegen meint konkrete Sitten und Handlungsanweisungen in einem konkreten historischen Kontext.

oft erst die Bereitschaft für schnelle und einfache Lösungen für Formen der Kontingenzbewältigung lieferte. Durch den Modus der Überbewertung wurde gezeigt, dass die Bewältigung auch mit Kontingenz selbst vollzogen werden kann. Wieder lässt sich von einem *schwachen* und *starken* Denken sprechen. Während Ersteres den Anspruch politischer Urteilskraft verkompliziert und erschwert, vereinfacht und erleichtert Letzteres politisches Urteilen, indem es zum Selbstzweck wird.

9.3 Zwischen Demut und Selbstüberschätzung

Die Ausrichtung der in dieser Studie dargelegten Philosophie kann in paradigmatischer Weise auf eine Formel heruntergebrochen werden: Kritik statt Begründung. Philosophie ist, wie es bereits Horkheimer beschrieb, »Kritik des Bestehenden« (Horkheimer 2011: 213). Die Gründe dafür liegen nach dem bisher Zusammengefassten auf der Hand. Ohne den Status von Letztbegründungen muss Philosophie den immer vorhandenen Glauben an solche Begründungen durch ihre Reflexionsleistung kritisch begleiten. Philosophie erhält damit automatisch eine gesellschaftliche Funktion. War sie ehemals zur Begründung politischer Ordnung gedacht, soll sie nun zum Zweck der Demokratie die Kämpfe um Ordnung fördern und kritisch befragen (vgl. Flügel-Martinsen 2017: 251).

Eine solche Ambition entbindet nicht von der Pflicht, diese auch auf sich selbst anzuwenden. Gerade postfundamentalistische Philosophie muss ihrem Anspruch nach Selbstbefragung betreiben. Die Diskurse der letzten Jahre neigen in dieser Frage jedoch zu Schwerfälligkeit. Die eigene Philosophie, ganz besonders der Diskurs um das Politische, weist nach meiner Auffassung einen Mangel an kritischer Distanzierung auf, wie ein Blick sowohl in die dazugehörige Literatur als auch thematisch nahestehende Konferenzen zeigt. Im Gegenteil, vielmehr wird versucht, dass hier extrahierte Paradigma bei zunächst für das Paradigma untypischen Autoren zu entdecken und damit auszuweiten.

Für diesen Mangel lassen sich Ursachen aufführen. Anders als klassische Theorien kann nicht einfach zwischen den richtigen und den falschen Annahmen und Hypothesen unterschieden werden, weil das Paradigma die eigene Negation, den Widerspruch, die Differenz zum inneren Prinzip gemacht hat. Die Arbeit bemühte sich, zu zeigen, dass eine binäre Codierung für den hiesigen Ansatz zu kurz greift. Die Politik der Kontingenz ist nicht einfach gut. Das wurde bereits in Teil II deutlich, als unter dem Abschnitt »Spur des Misstrauens« die Kritiken an den Autoren aufgegriffen wurden. Ob nun Rorty die Öffentlichkeit zum Schutz vor der privaten Ironie installiert, Bauman der Postmoderne eine falsch verstandene Toleranz und eine Rückkehr zu ästhetischen Gemeinschaften attestiert und Marchart grundlegend skeptisch gegenüber der demokratischen Kraft des Paradigmas ist, immer wird die eigene Fehlerhaftigkeit mitgedacht. Die Zweifel, so konnte zusammengefasst werden, gründen sich auf der Struktur des Argumentes. Wo Kontingenz zum Paradigma wird, folgt nichts mit Notwendigkeit, sondern nur kontingenterweise.

Das heißt aber nicht, dass durch die konzeptionelle Einbeziehung der Kritik und der Probleme das Paradigma sich gegen diese immunisiert hat. Teil III der Arbeit widmete sich deshalb dem Versuch, sowohl auf der argumentativen als auch auf der the-

rapeutischen Ebene nach der Plausibilität der normativen Kraft von Kontingenzeinsicht zu fragen. Ausgangspunkt bildete eine sowohl aus dem akademischen als auch aus der öffentlichen Debatte entnommene Intuition, die sich grob wie folgt umschreiben lässt: Festgestellt wurde eine Veränderung des politischen Raumes sowohl hinsichtlich dessen Verständnisses als auch hinsichtlich tatsächlicher Politik. Die Marker einer solchen Veränderung sind bereits früh die Stärkung zivilgesellschaftlicher Bewegungen, soll heißen, Politisierungserscheinungen abseits der klassischen, vom Staat geordneten Politik, das Aufleben von Populismus, in den letzten Jahren vor allem des Rechtspopulismus, als auch eine Entsachlichung von Politik, die in den Jahren von 2015 bis 2018/19 gern mit dem Begriff »Postfaktisch« umschrieben wurde und in der Diagnose einer Radikalisierung und Spaltung der Gesellschaft kumuliert. Der Streit lief darum, wie ein solcher Wandel zu deuten sei. Während die einen philosophische Strömungen wie die der Postmoderne oder des Poststrukturalismus, aufgrund erzeugter Belieblichkeit, zur Verantwortung zogen, beklagten die anderen einen Rückfall in alte Muster von Ideologie und Ordnungspolitik als Kontingenzbewältigung. Wo für die einen zu viel Kontingenzeinsicht am Werk ist, ist es für die anderen zu wenig.

Von der Warte des eingangs genannten »sittlichen Motives« ist das Urteil bis auf einige Ausnahmen oft eindeutig. Populismus, gerade von rechts, wird verurteilt als antidemokratisch und damit in gewissem Sinne als anti-postfundamentalistisch. Aufgrund jener normativen Ausrichtung des Diskurses wird von einem Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit ausgegangen. Argumentation und Vorgehen waren wie folgt:

1. Auf der *systematisch-formalen Ebene*, soll heißen, der Ebene der Struktur des Argumentes, ließ sich zeigen, dass die Umwertung der »Permanenz der Negation«, der »Entzweiung und Entfremdung« nur gelingt, wenn der ständigen Transformation ein Eigenwert zugeschrieben wird. Der Eigenwert ist jedoch nur möglich, wenn er unabhängig vom zu Transformierenden gedacht ist und damit abstrakt und inhaltsleer wird. In dem hier verwendeten Sprachgebrauch wurde von »bloßer Verfügbarkeit« gesprochen, weil der bloßen Möglichkeit, dem »es könnte auch anders sein«, eine eigene normative Qualität zukommt.
2. Übertragen auf das »therapeutische Moment« (*kulturell-normativ*) führt die Reduktion auf die Praxis, konkreter: auf die politische Praxis, zu dessen Überbewertung. Für die Dimension praktischer Vernunft, ästhetischer Bildung und des Politischen ließ sich zeigen, dass der Reduktionismus zu einer Bedeutungsverschiebung beitragen kann. Aufgewertet wird *das bloße Können*, die Fähigkeit, Macht im Sinn von Durchsetzungsvermögen zu besitzen, die Qualität einer *Politik, die auf Überzeugung und Darstellung* beruht, als auch die *Radikalisierung des Politischen als anti-hegemoniales Moment*.⁶ *Politik wird herabgesetzt auf Performanz*.⁷

6 Mit Bezug zur Gegenwart wurde – mit Rorty gesprochen – das Skelett der Theorie und Kritik mit Fleisch umhüllt.

7 Eine Warnung, die bereits Lyotard am Startpunkt der »Postmoderne« aussprach, die aber in Vergessenheit geriet (vgl. Lyotard 2015b: 153).

3. Die Ausführungen zeigen abschließend, dass Solidarisierung und Politisierung als Effekte von Kontingenzeinsicht formuliert werden können, nur mit anderer Ausrichtung. Solidarisierung zeigt sich auch in Form von neuen, strategischen Identitätspolitiken, von »ästhetischen Gemeinschaften« als Zelebrieren von Gemeinschaft mit wenig Interesse am Anderen. Politisierung zeigt sich auch in Form von Radikalisierung und Erlebniskultur. Kern dieser Aporien ist der »Selbstzweckcharakter des Politischen«, welcher Resultat der Gleichsetzung von Ethik, Ästhetik und Politischem, von der *Gleichsetzung von Kontingenz und Politik* ist. Die dadurch entstandene »Re-Mythifizierung des politischen Aktes« wurde als »Affirmation der Kontingenz« bezeichnet.

Dem Autor kann an dieser Stelle vorgeworfen werden, dass die Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit auf einer falschen normativen Festlegung beruht, welche bereits vorher Populismus und Postfaktisches als antidemokratisch verurteilt. Ein solcher Vorwurf wird als unbegründet abgelehnt, weil die Rekonstruktion des Paradigmas die in sie gesetzten Hoffnungen von Inklusion und der Lösung des Spannungsfeldes von Freiheit und Gleichheit offenlegte, die mit eben genannten Phänomenen in Konflikt stehen.

Vielmehr bleibt als Ergebnis erneut eine Doppeldiagnose. Kontingenzeinsicht kann »schwaches Denken« erzeugen und damit ein in die Tiefe gehendes Verständnis der gemeinschaftlichen Lebenswelt. *Demut*, nicht gegenüber einer höheren Macht⁸, sondern gegenüber der Fehlerhaftigkeit des eigenen Tuns und somit als Ausdruck des Wunsches, dieses verbessern zu wollen, ist der treffende Ausdruck einer solchen Disposition, im Prinzip, wie es die konstitutive Gleichheit des Mangels beschreibt. Kant distanzierte den Begriff der Demut von der christlichen Tradition und bezeichnete ihn als »Bewusstsein und Gefühl der Geringfähigkeit seines moralischen Werths in Vergleichung mit dem Gesetz« (Kant/Weischedel 2014a: 435). Gemeint war damit die Einsicht, dass die Fähigkeit moralischer Selbstbestimmung durch die anthropologische Situation des Menschen immer gefährdet bleibt, da dieser sowohl als sinnliches als auch vernünftiges Wesen gilt und somit im Widerspruch zwischen Selbstliebe und Sittengesetz steht. Halbig meint deshalb, dass Demut bei Kant, wie auch die Tugend der Kontingenz, keine feste Form des moralischen Urteils vorgibt, sondern als Meta-Tugend den Menschen als moralisch handelndes Wesen erst begründet, oder besser: ihn dafür aufmerksam macht. Demut ist dann keine Form der Erniedrigung, sondern setzt Selbstachtung voraus, denn »Demut ohne Selbstachtung wird zu schierer Verzweiflung an den Forderungen des Sittengesetzes; Selbstachtung ohne Demut wird zur Selbstgefälligkeit, die dazu geneigt macht, den Forderungen der Selbstliebe auch auf Kosten des Sittengesetzes nachzugeben« (Halbig 2018: 350). Die Achtung ist ein vom Sittengesetz durch Vernunft erzeugtes positives Gefühl, welches zu dessen Einhaltung motiviert. Sie vereint, politisch gesprochen, das Problem von Eigeninteresse/Selbstbestimmung und die Notwendigkeit eines Lebens mit anderen und die dadurch erzeugten Einschränkungen.

8 Alttestamentarisch bedeutet Demut »Demut vor Gott« (vgl. Kirchner et al. 2005: 139).

Der kleine Kant-Exkurs verdeutlicht den Kern der hier vorgestellten Theorie und wie sehr die eigentliche Idee mit Gedanken und Ideen der Philosophiegeschichte verbunden ist. Der Rückblick ist wichtig, weil er sowohl auf die Ausrichtung des Paradigmas *als moralphilosophisches Paradigma* verweist als auch auf die Beständigkeit einer Fragestellung, die hier nur in neuer, erweiterter, aber auch verdeckter Form zutage tritt. Egal, ob also nun von »schwachem Denken« oder »Demut« gesprochen wird, es zeigt sich umso deutlicher, was mit Kontingenzeinsicht vermittelt werden soll und weshalb sie deswegen an Grenzen geraten muss. *Sie will eine Kultur, die Bewusstsein für die eigene moralische Anlage schafft, in der Hoffnung, durch dieses Bewusstsein einen moralischen Fortschritt erringen zu können. Für ein solches Bewusstsein bedarfes eines Bewusstseins für Unsicherheit; die Tugend der Kontingenz.*

Das Aufdecken dieses Kerns ist gleichzeitig das Problem, zumindest in Anbetracht einer daraus abgeleiteten politischen Philosophie. Das Zurückschrauben des Ansatzes zur Ethik hat zur Folge, dass dessen Umsetzung im Gegensatz zur Politik eine moralische Frage bleibt, welche aufgrund ihrer moralischen Qualität eben nicht zuverlässig ist. Nicht nur, dass Unsicherheit überfordern kann und zur Bewältigung anregt, es macht auch einen Unterschied, ob Unsicherheit respektiert und mit ihr sensibel umgegangen wird oder ob man sich von ihrer Faktizität und Unlösbarkeit betäuben lässt. *Selbstüberschätzung* ist dann die andere Seite von Demut. Sie ist die Vermessenheit des Menschen, alles in den Raum des Verfügbaren und Machbaren zu ziehen, das Politische als letzten Grund zu verstehen; ein Bewusstsein, das nicht nur Demut erzeugt, sondern eben auch Bewunderung für jene Figuren und jene Formen von Politik, die es schaffen, sich über die anderen zu erheben. Trump als Symbolfigur und der Rechtspopulismus als Symbolpolitik waren die Illustration einer solchen Form. Sie ist eine Fehleinschätzung der Selbstheilungskräfte der Ambivalenz der menschlichen Existenz, konzipiert als »das Politische«.

